

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 270

9. Okt. 2002

9. Jahrgang

Die Sololatéc@s lassen sich nicht kaufen (Teil II)

Alfonso Guárquez Ajquichí ist als Korrespondent der Nachrichtenagentur CERIGUA für das Departement Sololá zuständig und berichtet im folgenden zweiten Teil des Interviews von seinen Erfahrungen und seinen Einschätzungen der aktuellen Situation in Sololá. Dabei geht es vor allem um die sololatekische Realität der Menschenrechte und ihrer VerteidigerInnen, zu denen Alfonso als Journalist in gewisser Weise auch gehört.

CERIGUA stellt u.a. täglich ihre Nachrichten per E-mail zur Verfügung und verbreitet ihre Informationen im Land selbst v.a. über die (kommunalen) Radios.

Frage: Ein wichtiges Thema ist die Einhaltung bzw. die Verletzung der Menschenrechte. In verschiedenen Orten, und vor allem in der Hauptstadt, sehen sich die VerteidigerInnen dieser Rechte tagtäglich mit der Gefahr um ihr eigenes Leben konfrontiert. Ich habe erfahren, dass in den letzten Wochen auch Büros von CERIGUA überfallen worden sind.

Wie sieht die Situation der MenschenrechtsaktivistInnen eher in der ländlichen Umgebung aus? Gibt es überhaupt viele von ihnen hier?

Alfonso: Ja, auf jeden Fall. Noch vor kurzem erhielt einer der BeraterInnen der *Defensoría Indígena* ständig Morddrohungen. Man rief ihn immer wieder per Telefon an und teilte ihm mit, dass man ihn mitsamt seiner Familie umbringen wolle. Diese Drohungen fingen Anfang dieses Jahres an, und dauern immer noch an. Eines Nachts klopfen sie sogar an seine Haustür.

Mit Hilfe von CERIGUA wurde dieser Fall veröffentlicht und gleichzeitig um internationale Solidarität und Unterstützung unter anderem von *Amnesty International* gebeten. Ausserdem wurde Personenschutz beantragt, die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) bewacht also jetzt sein Haus. Und natürlich wurde von der Regierung gefordert, dass sie die Verantwortlichen verurteilt, die sich zu der Tat bekannt haben. Dies ist eigentlich Aufgabe der Staatsanwaltschaft.

Vor kurzem erzählte mir jene Person, Olívio Paz Pal - er ist der Berater der *Defensoría Indígena* - dass die Staatsanwaltschaft dabei war, seinen Fall zu den Akten zu legen. Und noch schlimmer: Die Behörde hat keinerlei Untersuchung durchgeführt. Daran kann man einmal mehr die Unfähigkeit und das Desinteresse der Funktionäre dieses Regierungsapparates erkennen. Laut dem, was mir der Betroffene erzählt hat, liegt der Fall jetzt wohl total auf Eis.

Das ist also ein Beispiel hinsichtlich der Menschenrechte...

Auch der Vertreter der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte hier in Sololá hat Morddrohungen erhalten.

Derzeit ist eine Kampagne gegen diesen Mann im Gange, die zum Ziel hat, ihn aus dem Departement zu schaffen oder aber ihn zumindest zum Schweigen zu bringen

kann.

Trotz alledem ist er noch hier und wir hoffen sehr, dass das so bleibt. Ich persönlich bin der Meinung, dass er hier gute Arbeit geleistet hat. Gerade deswegen hat er auch so viele Drohungen bekommen. Das bedeutet nämlich, dass er wirklich gearbeitet und die verschiedenen Fälle der Menschenrechtsverletzungen hier im Departement an die Öffentlichkeit gebracht hat.

Aber auch mit dem nahenden Wechsel des Leiters der Ombudsstelle für Menschenrechte bleibt eine gewisse Unsicherheit in Hinblick auf das, was mit dem hiesigen passieren wird. (Unterdessen fand dieser Wechsel statt. Der neue Ombudsmann ist Sergio Morales Alvarado, die Red.)

Das ist die eine Seite. Auf der anderen kann ich berichten, dass sich Anfang des letzten Jahres hier in Sololá ein *juristisches Team* formiert hat, das sich für die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker einsetzt.

Derzeit ist es mit einem Fall der Verletzung der kollektiven Rechte an einem für Indígenas heiligen Ort in San Pedro La Laguna am Atilán-See beschäftigt. Leider lief die Finanzierung des Projektes Ende Juni aus, so dass das Team gerade an einem unsicheren Punkt steht, ob der Prozess weiterläuft oder nicht. Denn eigentlich stünde jetzt die Präsentation des Falles an. Aber all diejenigen, die in die Arbeit involviert sind, sind auf der Suche nach finanziellen Mitteln. Deshalb stehen die Mühlen im Moment still, obwohl das Projekt wirklich eine tolle Möglichkeit wäre, etwas zu erreichen und zu fordern. Konkret wäre dies die Erfüllung der Friedensabkommens über die Identität und der Rechte der Indigenen Völker und der Konvention 169 der Arbeitsorganisation (ILO) über die indigenen Völker. Aber im Moment habe ich keine Ahnung, was daraus wird. Ich hoffe natürlich, dass sie weitermachen.

Frage: Auch JournalistInnen sind oft Zielscheibe von Drohungen. Wie gehst Du als persönlich mit dieser Situation um?

Alfonso: Bueno, andere KollegInnen haben echte Pro-

bleme bekommen, aber ich persönlich habe keine grösseren Schwierigkeiten gehabt.

Jedoch versuchen bestimmte Sektoren der Gesellschaft, denen es nicht gefällt, dass das publiziert wird, was passiert, mich einzuschüchtern und versuchen auch, zu verhindern, dass so manches bekannt wird.

Das war zum Beispiel mit einer Kommission innerhalb der indigenen Bürgermeisterei der Fall, deren Hauptaufgabe darin bestand, die Anwendung des Gewohnheitsrechts zu überwachen. Aber offensichtlich hatten ihre Vorgesetzten innerhalb der Bürgermeisterei weniger Interesse an dieser Aufgabe, als an parteipolitischen Aktivitäten. Das gefiel der Bevölkerung nicht. Ausserdem waren im letzten Jahr die Hilfsbürgermeister aller Gemeinden Opfer der Diskriminierung und Ausschliessung von Entscheidungen der Bürgermeisterei geworden. Daraufhin lehnte sich die Bevölkerung dagegen auf und kam zu mir. Also veröffentlichte ich, was passiert war.

Aber den verantwortlichen Leuten innerhalb der Bürgermeisterei gefiel dies nicht und sie bedrohten mich, dass, wenn ich weiterhin solche Informationen verbreiten würde, sie nicht wüssten, was passieren wird.

Ich habe den Fall vor die Staatsanwaltschaft gebracht, aber bis jetzt wurde absolut nichts getan. Dabei handelt es sich in diesem Fall um die Einschränkung der Meinungs- und Denkfreiheit. Vor kurzem bin ich sogar körperlich angegriffen und getreten worden, und ich habe ebenfalls Anzeige bei der Staatsanwalt erstatten - mit dem gleichen "Erfolg": Keine Reaktion.

Frage: In einem Deiner Artikel sprichst Du im speziellen die Verletzung der Menschenrechte in Sololá in Bezug auf das staatliche Krankenhaus und die Sicherheitskräfte an ...

Alfonso: Oh, ja. Erst gestern habe ich eine Untersuchung abgeschlossen, die CERIGUA in Bezug auf die Gesundheitssituation, v.a. der Frauen, durchgeführt hat. Die Schwere der Problematik in diesem Bereich ist offensichtlich. Im ganzen Departement gibt es elf funktionierende Gesundheitsstationen für neunzehn Gemeinden und zwei Gesundheitszentren für jeden dieser Verwaltungsbezirke. Eine kritische Situation allein in dieser Hinsicht.

Bezüglich der Gesundheitsversorgung speziell schwangerer Frauen sieht das dann so aus: hier ist das grösste Problem die Unterernährung und schwere Anämie. Laut der durchge-

fürhten Untersuchung, bzw. laut der Angaben der Verantwortlichen, liegt dies vor allem am Mangel "humaner Ressourcen"; mit dem gekürzten Haushalt durch das Gesundheits- und Sozialhilfeministerium kann eine regelmässige Gesundheitsversorgung nicht gewährleistet werden.

Und dazu die ständige Einmischung von Seiten des FRG-Abgeordneten vor allem in den Gesundheitseinrichtungen. Nach meinen Informationen hat er den Direktor des Krankenhauses in gewisser Weise dazu gezwungen, zu kündigen. Dieser, Constanin Sánchez, war nicht bereit, der Forderung nachzukommen, dass er und sein Team den 10. Teil ihres Gehaltes an die Partei bezahlen sollten, was inzwischen in vielen Bereichen üblich ist. Ausserdem hat es der Abgeordnete geschafft, sowohl einen Militär als Geschäftsführer als auch seine eigenen Familienangehörigen in das Krankenhaus einzuschleusen, obwohl sie vielleicht gar keinen Ahnung von der Sache haben.

Die allgemeine krankenhäusliche Versorgung ist völlig defizitär: Die Leistungen sind viel zu langsam und schwerfällig, um die Bevölkerung angemessen zu betreuen. Da ist eine hohe Kinder- und Müttersterblichkeit kein Wunder.

Im Bildungssektor ist es das gleiche. Anfang dieses Jahres hat das Erziehungsministerium weder die Erhöhung der Anzahl der Unterrichtsklassen noch die des Haushaltes autorisiert. Lediglich in den Fällen, in denen LehrerInnen mit Vertrag eingestellt werden konnten, gab es eine Angleichung an die Bedürfnisse. Und gerade hier wurden wieder einmal diverse Verletzungen der Individual- und auch Arbeitsrechte begangen. Denn die interessierten LehrerInnen mussten, um die Stelle zu bekommen den bereits erwähnten "10." abdrücken. Ich will nicht wissen, was die FRG mit dem ganzen Geld bereits angestellt hat...

Dahinter steckt der Departements-Gouverneur. Er und der FRG-Kongressabgeordnete sind es, die die LehrerInnen ernennen. Dem departementalen Bildungsdirektor fehlt jegliches Mitspracherecht. Dieser erzählte mir einmal, dass er der ganzen Willkürlichkeiten müde sei und bereits seine Kündigung eingereicht hatte. Aber offensichtlich wurde diese nicht akzeptiert.

Frage: Und in Hinblick auf die Sicherheitskräfte?

Alfonso: Im Zusammenhang mit den Sicherheitskräften spreche ich direkt von der *Zivilen Nationalpolizei*

(PNC), die ständig ihre Autorität missbraucht und sowohl individuell als auch kollektiv Verletzungen der Menschenrechte begeht. Es passiert oft, dass sie Personen festnehmen, die keine Verbrecher sind, nur weil sie den Beamten nicht gefallen. Diese Situation ist ziemlich schwerwiegend.

Der hiesige Menschenrechtsombudsmann hat bereits Anzeige gegen die Hauptverantwortlichen dieser Verletzungen erstattet und hat beim Regierungsministerium beantragt, dass dieses ein Auge auf die Funktionsausübung der PNC werfe. Aber, wie nicht anders zu erwarten, geht es weiter mit der Unfähigkeit und der Ineffizienz in den Aktionen der PNC. Wenn sie gerufen wird, kommt sie - wenn überhaupt - eine halbe oder gar zwei, drei Stunden später an den Tatort und unternehmen dort nichts.

Hier greift die Bevölkerung im Vergleich zu anderen Departements nicht oft zur Selbstjustiz. Es gibt einige Organisationen, die ziemlich viel mit der Bevölkerung gearbeitet haben und diese erfolgreich sensibilisiert haben. Aber ich befürchte, dass dies nicht lange anhält, denn es gibt immer wieder genug Gründe, sich über die PNC und das Justizsystem zu Recht aufzuregen. Hoffentlich behält die Bevölkerung die Ruhe, irgendwann muss die PNC einfach ihre Aufgabe entsprechend erfüllen.

Frage: Gibt es neben dem Gesundheits- und dem Bildungssektor und den Sicherheitskräften noch weitere Punkte, in denen hier in Sololá die Friedensabkommen nicht erfüllt werden?

Alfonso: Ja, auf jeden Fall. Ich denke da vor allem an die sozialen Einrichtungen und Sozialfonds, die inzwischen leider völlig politisiert worden sind. Und auch hier sind die, die diese Fonds verwalten oder die Autorisierung dafür geben, in welcher Gemeinde welches Projekt realisiert wird, der FRG-Kongressabgeordnete und der Gouverneur des Departements.

Ich beziehe mich direkt auf den Nationalen *Friedensfond* (FONAPAZ), den *Fonds für soziale Investitionen* (FIS) und den *Fond für die Indigene Entwicklung* (FODIGUA). Vor allem letzterer stellt derzeit ein Problem dar. Laut Kommentaren hat ihm die Regierung oder besser gesagt der Staat für dieses Jahr keinen Haushalt zugewiesen, der die geplanten Projekte von 96 Mio. Quetzales decken könnte. Kein Wunder, geschieht nichts!

Alfonso, vielen Dank für das Gespräch!

Ex-Pac drohen...

Guatemala, 26. Sept. An verschiedenen Orten in den Departementen Huehuetenango, El Quiché, Baja Verapaz, Sololá, Cobán und Petén wird das Personal der lokalen Vertretungen der staatlichen Menschenrechtsbüros (PDH) von Mitgliedern der ehemaligen Zivilpatrouillen bedroht. Sie würden die Büros der PDH besetzen und niederbrennen, drohen die Ex-Pac. Grund dafür ist, dass sie die Menschenrechtsbüros, als

eine staatliche Institution, direkt verantwortlich dafür machen, dass ihnen die geforderten 20 Mio. Quetzales pro Person nicht ausbezahlt werden. In Barillas ging gar das Gerücht herum, die lokale PDH habe das Geld von der Regierung bekommen, gebe es aber nicht an die ehemaligen Patrouillisten weiter.

Sergio Morales, Menschenrechtsombudsmann und Verantwortlicher für die lokalen Büros, traf sich mit seinen

departementalen Untergebenen und wies sie an, die Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei zu suchen, damit diese ihnen Schutz gewähre. Ausserdem müsse den Ex-Pac klar gemacht werden, dass die PDH nichts mit den versprochenen Zahlungen der Regierung zu tun habe, wies er seine Leute an.

Unterdessen wurde bekannt, dass sich die Drohungen auf Angestellte der *Defensoría Maya* ausgedehnt haben.

...und handeln

Guatemala, 3. Okt. Die Ankündigung von Edgar Gutiérrez, dass die Ex-Pac für ihre geleisteten Dienste mit zwölf Quetzales pro Monat (1.5 US\$) entschädigt würden, löste bei diesen einen Sturm der Entrüstung aus, was die Regierung veranlasste, den Betrag umgehend zu erhöhen: Zwischen 96 und 150 Quetzales pro Monat geleisteter Arbeit plus entwicklungsfördernde Projekte, ist das aktuelle Regierungsangebot, doch auch dieses wird von den Ex-Pac zurückgewiesen.

Und sie schritten wie angedroht zur Tat: Im Petén, Huehuetenango, San Marcos und Alta Verapaz, wo die Organisationen der Ex-Pac am stärksten sind, wurden Demonstrationen abgehalten und Strassen gesperrt. Der Regierung wurde eine Frist von 30 Tagen gesetzt, bis zu deren Ablauf die geforderten 20 Mio. Quetzales bezahlt werden sollen. Derweil hielt in der Hauptstadt die *Vereinigung der Militärveterane*

(AVEMILGUA), welche die Forderungen der Ex-Pac unterstützt, eine Pressekonferenz ab, an der sie die Strassenbesetzungen als legal und nicht verfassungsverletzend bezeichneten, solange noch ein Dialog mit der Regierung geführt werde.

Während drei Tagen hielten Tausende von Ex-Pac die strategisch wichtige Strassenkreuzung *La Ruidosa* besetzt und unterbrachen damit jeglichen Verkehr in den Petén, nach Puerto Barrios und somit zum Hafen Tomás de Castilla, zu den Bananenplantagen von BANDEGUA und an die Grenze von Honduras. Auf einer Strecke von 40 km wurden 15 Barrikaden gebaut, an der ganzen Aktion haben zwischen 6000 und 12'000 Ex-Pac teilgenommen. Es kam zu einem Stau von 12 km Länge, viele Händler beklagten den Verlust ihrer Produkte, ebenso die Tourismusindustrie, war doch einmal mehr der Weg zu den Maya-Ruinen in Tikal versperrt.

Das Angebot der Regierung, einen Helikopter zur Verfügung zu stellen, damit eine Delegation der Ex-Pac in die Hauptstadt zu Verhandlungen fliegen könnte, wurde abgelehnt.

Am 2. Oktober räumte ein gemischtes Kontingent von Polizei und Militär die besetzte Strassenkreuzung. Dabei wurde ein ehemaliger Patrouillist, José Ignacio López getötet, 31 Personen wurden verletzt und 27 verhaftet.

Damit hat die Situation erneut einen kritischen Höhepunkt erreicht. Zwar hat die Regierung mit der Räumungsaktion bewiesen, dass sie durchaus gewillt ist, gegen die protestierenden Ex-Pac gleichermaßen durchzugreifen wie gegen die Strassen besetzenden BäuerInnen - der Vorwurf, dies nicht zu tun, wurde ihr ja immer wieder gemacht. Doch die Kritik am verantwortungslosen Verhalten der Regierung gegenüber den Forderungen der Ex-Pac ist mit dem Tod von López gewachsen.

Fall Gerardi vor dem Appellationsgericht

Guatemala, 26. Sept. Fünfzehn Monate nachdem das Gericht drei Militärs und einen Pfarrer als die Verantwortlichen für den Mord an Bischof Juan Gerardi verurteilte, wird der Fall vor dem Appellationsgericht noch einmal aufgerollt.

Vor Gericht erschienen nur die drei Militärs, Byron Miguel Lima Oliva, dessen Vater Byron Disrael Lima Estrada und José Obdulio Villanueva. Der Pfarrer Mario Orantes Nájera befindet sich aus gesundheitlichen Gründen seit Februar 2000 im Spital.

Rund 400 Personen füllten den Saal bei der Wiedereröffnung des Prozesses: Angehörige der Verurteilten, DiplomatInnen, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen sowie die nationale und internationale Presse.

Die Anwälte der Verurteilten stützten ihre Appellation vor allem auf die

Tatsache, dass das Delikt der Mittäterschaft (die vier wurden für die 'intellektuellen Verantwortung am Mord' verurteilt) in der guatemalteckischen Rechtssprechung nicht existiert. Für die Ausführung des Mordes gäbe es nach wie vor keinen Verurteilten, erinnerten die Anwälte.

An einer Pressekonferenz vor der Prozesseröffnung zogen sie noch einen weiteren Trumpf aus dem Ärmel, den sie ins Spiel zu bringen gedenken. Ausgerechnet Calvin Galindo, ehemaliger Staatsanwalt im Fall Gerardi, der wegen Morddrohungen den Fall abgeben und ins Exil gehen musste, dient ihnen dabei als 'Beweis': In einem Radiointerview mit Radio Holland sagte dieser, die Verurteilung ausgerechnet dieser vier Personen sei Teil eines Deals gewesen, den Präsident Portillo eingegangen sei, da er gezwungen

war, sein Wahlversprechen, nämlich die Aufklärung des Falles, in die Tat umzusetzen. In diesem Gespräch sagte Galindo weiter, in die Ermordung von Gerardi seien noch andere materielle und intellektuelle Täter involviert. Er kenne die Namen der verantwortlichen Militärs, gebe diese jedoch nicht preis.

Den Anwälten dient diese Aussage des ehemaligen Staatsanwaltes, unter anderen, als Beweis dafür, dass die Verurteilten unschuldig sind und sie fordern deren Freispruch. Der Staatsanwalt Mario Leal und der Anwalt der katholische Kirche, Mario Montejo, ihrerseits hoffen, dass das Urteil von 20 Jahren für Pfarrer Orantes, bzw. 30 Jahren für die Militärs, bestätigt wird.

Der definitive Entscheidung wird auf den 8. Oktober erwartet.

Widerstand gegen Stauseeprojekte

Guatemala, 3. Okt. Über 500 Personen aus verschiedenen Dörfern der Gemeinde Río Hondo protestierten gegen den Bau eines geplanten Wasserkraftwerks am Río Hondo. Sie befürchten die Verschmutzung der Umwelt, die Zerstörung ihrer Landwirtschaftsfläche und andere Naturkatastrophen, erklärte der Bürgermeister von Río Hondo, Felipe Méndez.

Méndez weiss von Plänen, laut denen am 15. Dezember mit dem Bau einer Staumauer begonnen werden soll. Ausführende der Bauten soll ein transnationales Unternehmen sein, dessen Namen aber nicht bekannt ist und das mit Unterstützung des FRG-Kongressabgeordneten, Mario Marín den Bauauftrag erhalten habe.

Mit dem als *Río Hondo II* bekannte Projekt soll eine Fläche von 18 *Manzanas*, (126'000 m²) überschwemmt werden. Roselia Aldana vom Gemeindevorstand von Canaluya befürchtet eine Beeinträchtigung des Ökosystems, die

Überschwemmungen können für die Bevölkerung lebensgefährliche Folgen haben sowie private und öffentliche Infrastruktur zerstören. Das Gesundheits- und das Umweltministerium und die staatliche Menschenrechtsombudsstelle werden aufgefordert, zusammen mit den Gemeindebehörden eine Kommission zu bilden, um den Bau des Wasserkraftwerkes zu verhindern.

Gegen ein viel grösseres Projekt wehren sich die Leute im Petén: Sie wissen von einem geplanten Stausee am Usumacinta, dem Grenzfluss zwischen Guatemala und Mexiko.

Das Projekt *Boca del Cerro* soll just auf der Grenze gebaut werden und 300 km² guatemaltekisches sowie 400 km² mexikanisches Land überschwemmen. (Zum Vergleich: der Bodensee hat eine Fläche von 538 km².) Mit einer 135 Meter hohen Mauer sollen rund 20 Milliarden Quadratmeter Wasser gestaut werden. Im Falle einer unkontrollierten Überschwemmung sei das Leben von 50'000

Personen bedroht, 800 archäologische Stätten könnten zerstört werden sowie Flora und Fauna. Das Projekt soll im Rahmen des Plan Puebla Panamá (PPP) gebaut werden.

Lucas Bartolo von der *Front gegen Stausee* im Petén hat diese Informationen von der Webseite der mexikanischen Elektrizitätskommission. Darauf angesprochen, will der guatemaltekische Energieminister Raúl Archila nichts von der Sache wissen. In Guatemala sei weder der Bau eines Mega- noch eines Miniwasserkraftwerkes geplant. Bei einer Aussprache mit Kongressabgeordneten der *Union Nacional de Esperanza* (UNE), vermochte Archila mit seinen Argumenten jedoch nicht zu überzeugen.

Auch gemäss Informationen des mexikanischen Energiesekretariats heisst es, das Monsterprojekt am Río Usumacinta sei nicht realisierbar. Man sei aber dabei, ein anderes, redimensioniertes Projekt zu studieren.

Jedes Mittel ist recht

Guatemala, 25. Sept. Laut einer Meldung der Tageszeitung *Prensa Libre* soll das Hauptziel der FRG bei den nächsten Wahlen darin bestehen, den General und Kongresspräsidenten Efraín Ríos Montt als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Um dieses Ziel zu erreichen wurde ein Plan entwickelt, der *Prensa Libre* von zwei der Führungsspitze der FRG nahestehenden Informanten zugespielt wurde. Priorität habe laut Plan die Revision des Wahl- und Parteiengesetzes. Ausserdem werde die Lösung einiger sozialer Probleme, wie der Kauf von Fincas für die BäuerInnen und die Kompensationszahlungen an die Ex-Pac, als „dringend“ bezeichnet.

Um potentielle Rivalen, z.B. die PAN, zu schwächen, will man die sich bereits abzeichnende Spaltung innerhalb dieser Partei fördern und einen Keil zwischen Leonel López Rodas und Oscar Berger treiben, die sich um die Präsidentschaftskandidatur streiten. Auch gegen die unabhängigen Medien soll eine Kampagne laufen, die Polemik schaffen soll. Über WortführerInnen der Zivilgesellschaft sollen diffamierende Informationen verbreitet werden. Weiter wollen die Informanten (gemäss *Prensa Libre* soll es sich dabei um zwei Kongressabgeordnete der FRG handeln) wissen, dass der ehemalige Verkehrs- und Kommunikationsminister Luis Rabbé, der Mit-

te Juni 2001 unter Korruptionsverdacht abgesetzt wurde, entweder als Vizepräsident oder als Bürgermeister der Hauptstadt kandidieren wird.

Ausgeklügelt haben sollen diesen Plan Ríos Montt zusammen mit seiner Tochter Zury. Und auch wenn solche Gerüchte nicht allzu ernst genommen werden sollten und wohl noch viele von ihnen in die Welt gesetzt werden bis zu den Wahlen, passt die folgende Geschichte ausgezeichnet in dieses Konzept:

Die vier ParlamentarierInnen Zury Ríos (FRG, Tochter von Efraín Ríos Montt), Ricardo Rosales (URNG), Mario Chang (DCG) und Froylán Villatoro (PAN) haben zusammen eine "geheime" Reise in die Schweiz unternommen. "Geheim" in dem Sinne, dass über die eine Woche dauernde Reise nicht offiziell informiert wurde und im Falle von Froylán Villatoro nicht einmal seine ParteikollegInnen im Kongress davon wussten.

Urbano Franco von der auswärtigen Kommission des Kongresses erklärte, die vier seien vom 23.- 27. September zu einer Sitzung der *Interparlamentarischen Union* (IPU) gereist. Eingeladen worden seien diesmal auch Politiker der Opposition, damit es nachher nicht wieder heisse, es würden immer nur Mitglieder der Regierungspartei FRG ins Ausland rei-

sen, erklärte Franco.

Diese Erklärung stiess bei den ParteikollegInnen der Eingeladenen auf Misstrauen. Es sei eine bekannte Strategie der FRG, Parteien oder einzelne Personen mit Privilegien zu begünstigen und so die notwendigen Stimmen zur Annahme eines Gesetzes oder einer Resolution zu kaufen, hiess es seitens der Opposition.

Die Bedenken sind berechtigt, ringt doch die FRG um die entscheidenden zwei Stimmen für die Änderung des Wahl- und Parteiengesetzes, mit der Ríos Montt zur Teilnahme an den kommenden Präsidentschaftswahlen zugelassen würde...

Transvestit ermordet

Guatemala, 3. Okt. Innerhalb weniger Tage wurden in Guatemala Stadt zwei Transvestiten erstochen. Beim einen handelt es sich um José Estuardo Arriaza, die Identität des andern konnte noch nicht bestimmt werden. Unklar ist noch, ob die beiden Morde einen Zusammenhang haben.

Antonio López von der *Organisation für eine integrale Sexualität im Zeitalter von Aids* (OASIS) informiert, dass im Verlauf dieses Jahres in der Hauptstadt bereits sechs Transvestiten ermordet wurden und gegen rund 50 Übergriffe stattgefunden haben.

Erneute Vertreibung der RückkehrerInnen

Guatemala, 1. Okt. Der bewaffnete Konflikt in den 80er-Jahren zwang rund 1,5 Millionen GuatemaltekenInnen zur Flucht im eigenen Land oder nach Mexiko. Heute, sechs Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen und neun Jahre nach der ersten offiziellen Rückkehr einer Flüchtlingsgemeinde sehen sich viele dieser Personen erneut als Vertriebene: Entweder als temporäre ArbeitsmigrantInnen nach Mexiko oder definitiv, in die Vereinigten Staaten.

Diese Form der Vertreibung trifft natürlich nicht nur die RückkehrerInnen, sondern generell die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffene Bevölkerung. Für die RückkehrerInnen ist es jedoch ein doppelter Schlag, wurde ihnen doch in den Friedensabkommen, speziell im Abkommen über die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, etwas anderes versprochen.

Ein Beispiel ist die Rückkehrergemeinde *Nueva Esperanza* in Nentón, Huehuetenango. Rund 25% der Bevölkerung von *Nueva Esperanza* lebt heute in den Vereinigten Staaten, ein Fünftel davon sind Frauen. Bereits 1995, zwei Jahre nach der Rückkehr, zogen die Nichtregierungsorganisationen in der Gemeinde Nentón nach und nach ihre Unterstützung ab, nicht zuletzt, weil die Bevölkerung diesen Projekten sehr skeptisch gegenüberstand. Zwar erfüllte die Regierung einige der in den Abkommen eingegangenen Verpflichtungen, doch konnte auch sie nicht alle Bedürfnisse der RückkehrerInnen abdecken.

Wachsende Arbeitslosigkeit und mangelnde Ressourcen "vertreiben" im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur die Bevölkerung von *Nueva Esperanza*, sondern viele RückkehrerInnen im ganzen Land. Zwar wurde in einigen Fällen den zurückgekehrten Leuten Land überschrieben, doch es fehlte ihnen an Geld oder dem notwendigen technischen Wissen, um dieses zu bearbeiten.

Porfirio Aguilar Gutiérrez, der in einer RückkehrerInnengemeinde in Escuintla lebt und Mitglied der *Versammlung der entwurzelten Bevölkerung* (ACPD) ist, nennt ein anderes Beispiel mangelnder staatlicher Verantwortung: Die AGPD hat sich in den letzten Jahren vor allem für den Bau von Wohnhäuser für seine Mitglieder eingesetzt. Über den guatemalteki-schen *Fonds für Wohnungsbau* (FOGUAVI) wurde ihnen von der Regierung im Jahr 2001 eine Summe von 200 Mio. Quetzales zugesprochen.

Bis heute wurde der AGPD erst 80 Mio. Quetzales ausbezahlt und viele der Häuser sind noch nicht fertig gebaut. Trotzdem bezeichnet die Regierung das Projekt als beendet: "5748 Familien wurden begünstigt und falls es noch mehr Familien gibt, die berücksichtigt werden müssten, muss dies eine andere Instanz machen. Das Projekt ist fertig und auch Familien, deren Haus noch nicht fertig ist, müssen für die Fertigstellung des Baus bei einer anderen Instanz vorstellig werden", sagte Saúl Valdés, juristischer

Berater von FOGUAVI.

Am 5. August dieses Jahres legte die ACPD Präsident Portillo einen *Nationalen Entschädigungsplan* vor, zur weiteren Verhandlung ans *Friedenssekretariat* (SEPAZ), die *Präsidentiale Menschenrechtskommission* (Coprodeh) und ans *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) delegiert wurde. Auf dem Verhandlungstisch liegen sieben Punkte, darunter auch das Thema der finanziellen Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konfliktes. Dies ist ein sehr polemischer Punkt, in dem die Regierung von Anfang an Widerstand geleistet hat mit der Begründung, eine Entschädigungszahlung sei viel zu kompliziert und jenseits der finanziellen Möglichkeiten des Staates. Das Thema hat nun an Komplexität zugenommen, seit die Regierung mit den ehemaligen Zivilpatrouillen über eine Entschädigung für deren "geleistete Dienste" verhandelt.

Der AGPD rät die Regierung, die Fälle einzeln vor die *Iberoamerikanische Menschenrechtskommission* zu bringen, die je nach dem eine Entschädigung als gerechtfertigt evaluieren wird, deren konkrete Bezahlung dann (wiederum individuell) mit der Regierung verhandelt werden könne. Im Fall der Ex-Pac wurde die ursprünglich versprochene Summe von 12 Quetzales pro Monat geleisteten Dienst nach Protesten der betroffenen Ex-Pac bereits auf 150 Quetzales pro Monat erhöht...

Urteil gefällt im Fall Mack

Guatemala, 4. Okt. 12 Jahre und 22 Tage nach der Ermordung der Anthropologin Myrna Mack verurteilte das Gericht den Oberst und ehemaligen Chef des Sicherheitsdepartements *des Obersten Generalstabs* (EMP), Juan Valencia Osorio, zu 30 Jahren Gefängnis wegen Mord. Die beiden anderen Angeklagten, General Edgar Augusto Godoy Gaytán und Oberst Juan Guillermo Oliva Carrera wurden frei gesprochen. Zwei der RichterInnen, Morelia Ríos und Yasmín Barrios, sprachen sich für das Urteil aus, während Richter Rudy Chin Rodríguez „mangels“ Beweisen für einen Freispruch für alle drei Angeklagten plädierte.

Ausschlaggebend für die Verurteilung von Valencia waren fünf Tonbandaufnahmen, auf denen Jorge Lemus Alvarado, alias El Buky, Gefäng-

nissenosse des für die Ausführung des Mordes an Mack bereits vor Jahren verurteilten Noel de Jesús Beteta Alvarez, diesen interviewt. In diesen Aufnahmen sagt Beteta wiederholt aus, er habe den direkten Befehl von Valencia erhalten, Myrna Mack „zu überwachen und zu eliminieren“. Das von der Verteidigung eingebrachte Argument, Beteta habe unter Drogeneinfluss gestanden, als er die Interviews gab, wurde von den RichterInnen nicht akzeptiert, bzw. widerlegt.

Auf Godoy Gaytán wurde der Passus „in dubio pro-reo“ (im Zweifelsfall für den Angeklagten) angewendet. Zwar sagte Beteta in den Tonbandaufnahmen, Godoy habe von dem Plan, Mirna Mack zu ermorden, gewusst, doch wurde der Name Godoys vom Interviewer, El Buky, mit einer Suggestivfrage ins Spiel gebracht.

Deshalb liess das Gericht die Aussage nicht als Beweis gelten.

Oliva wurde mangels Beweise frei gesprochen.

Während der Urteilsverkündung kam es zu einem kurzen Aufruhr im Gerichtssaal. Während Richter Chin seine Argumente aufzählte, weshalb er für einen Freispruch plädierte, erhoben sich die SympathisantInnen der angeklagten Militärs, die die Mehrheit des Publikums ausmachten und applaudierten. Als die beiden RichterInnen ihr Urteil sprachen, wurden sie von den selben Leuten ausgepöfeln, während Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen „Guatemala – nie wieder“ skandierten.

Die weiteren Beweise, die zur Verurteilung Valencias führten, zeigen, dass es sich um ein politisches Ver-

(Fortsetzung nächste Seite)

brechen handelte: Die Aussage von Bischof Julio Cabrera aus dem Quiché, der sagte, Mack sei umgebracht worden wegen ihrer Arbeit, die sie für und mit den Vertriebenen im Quiché machte. Er erinnerte sich an eine Gelegenheit, als Myrna bei ihm anklopfte und ihn bat, sie hereinzulassen, weil sie verfolgt wurde. Die Aussage von Catherine Doyle über die in den Vereinigten Staaten veröffentlichten CIA-Dokumente, in denen Informationen über die Aufstandsbekämpfungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit den Lateinamerikanischen Armeen enthalten sind. Diese Aussage wurde von General Héctor Gramajo, dem Analytisten Héctor Rosada und dem peruanischen Militärspezialisten Clever Alberto Pino bestätigt. Alle diese Aussagen wurden vom Gericht als Bewei-

se für die Schuld Valencias angeführt.

Die Reaktionen auf das Urteil waren sehr unterschiedlich: Familienangehörige von Myrna Mack und MenschenrechtsaktivistInnen erhofften sich mehr, zeigten sich jedoch zufrieden über die Verurteilung wenigstens eines der Angeklagten. Helen Mack, die Schwester der ermordeten Anthropologin, sagte in einem Interview gegenüber der *Prensa Libre*, sie habe eigentlich auf eine Verurteilung aller drei Angeklagten gehofft, deshalb sei sie jetzt nur halb zufrieden. Doch auch sie betonte, dass es für Guatemala ein Sieg sei, dass überhaupt dieser Prozess stattgefunden habe, unabhängig vom Resultat.

Maria Leissner, Vertreterin der schwedischen Botschaft gab sich zufrieden über den Verlauf des Prozes-

ses und Stephen McFarland von der US-amerikanischen Botschaft meinte, es sei ein klares Zeichen an die Paramilitärs von früher und von heute, dass sich niemand über das Gesetz stellen könne. Er sei über das Urteil weder zufrieden noch unzufrieden, sagte der Staatsanwalt Mynor Melgar, der seinerseits 30 Jahre für alle drei Angeklagten gefordert hatte. Er respektiere den Entscheid der Freisprüche, prüfe jedoch die Möglichkeiten für eine Appellation, sagte Melgar. Dafür hat er 10 Tage Zeit, danach tritt das Urteil in Kraft.

Der Verurteilte Oberst Valencia bezeichnete das Urteil als ungerecht und sich selber als unschuldig. Ob seine Anwälte Einsprache gegen das Urteil erheben, war bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Nationalistische Töne zwischen Belize und Guatemala

Guatemala, 26. Sept. Mit dem Ziel, den seit 1859 andauernden Grenzstreit zwischen Belize und Guatemala ein für alle Mal beizulegen, baten die beiden Länder im März 2000 die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA), einen Lösungsvorschlag auszuarbeiten.

Hauptstreitpunkt ist die Forderung Guatemalas um die "Rückgabe" von rund zwölf km² Land, das von Belize als "seines" beansprucht wird. Hauptleidtragende des Konfliktes sind guatemaltekeische BäuerInnen, die in dem zum Niemandsland erklärten 2 km breiten Grenzstreifen leben und immer wieder von belizischen Soldaten schikaniert und vertrieben werden.

Die beiden Vermittler, Shirdath Ramphal für Belize und Paul Reichler für Guatemala, überreichten dem Generalsekretär der OEA, César Gaviria Ende August ihre Schlussberichte und die daraus abgeleiteten Empfehlungen, die aber vorerst noch nicht öffentlich gemacht wurden, da noch "ein paar Details zu klären seien".

Während der folgenden drei Wochen kursierten in der Presse der beiden Länder die wildesten Spekulationen. Während gemässigtere Diplomatenstimmen von einer "definitiven, friedlichen und würdevollen" Lösung sprachen, schlug Said Musa, Präsident von Belize, härtere Töne an: "Unser Territorium ist nicht verhandelbar und unsere Grenzen sind sakrosankt" äusserte er sich gegenüber der Presse, worauf der guatemaltekeische Präsident Portillo konterte: "Wenn es sein muss, ziehen wir den Fall vor ein internationales Gericht". Einzige die im Grenzstreifen lebenden BäuerInnen

zeigten sich zufrieden darüber, dass es endlich in Richtung einer Lösung des Problems geht und die englische Botschaft versprach im Namen der internationalen Gemeinschaft rund 200 Mio. US\$ zur Umsetzung der Vereinbarungen, falls sich die beiden Regierungen über den Vorschlag einigen können.

Die Stimmungsmache im Vorfeld war so gross, dass es sich in Guatemala niemand mehr erlauben konnte, den Vorschlag als positiv zu beurteilen, als er dann endlich der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde.

Zwar wurde die guatemaltekeische Forderung nach Rückgabe der 12 km² Land nicht berücksichtigt, doch schlugen die Vermittler folgendes vor:

a) Die zukünftige Grenze wird anhand der provisorisch festgelegten Grenzzone definiert.

b) Guatemala bekommt auf einer Fläche von 2000 Seemeilen im Quadrat im Golf von Honduras das exklusive Nutzungsrecht aller Ressourcen über und unter Wasser, sowie das Fisch- und Schifffahrtsrecht im gesamten Golf von Honduras.

c) Guatemala, Belize und Honduras verwalten gemeinsam die Naturparks auf den fünf Inseln *Cayos de Zopotillo*, im Golf von Honduras.

d) Schutz der auf belizischem Territorium von GuatemaltekeInnen bewohnten Gemeinde Santa Rosa. Belize garantiert die Beibehaltung der bestehenden Strukturen und Institutionen oder, falls gewünscht, können die BewohnerInnen auf ein anderes Terrain in Belize umsiedeln.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Siglo XXI* empfiehlt der

Vermittler für Guatemala, Paul Reichler, den Vorschlag anzunehmen. "Den Fall vor ein internationales Gericht zu bringen, dauert 10 Jahre und kostet 10 Mio. US\$". Ausserdem sei die legale Basis, auf der Guatemala seine Landforderung stütze, sehr schwach, sagte Reichler gegenüber *Siglo XXI*. Doch die PolitikerInnen und AnalytikerInnen in Guatemala haben ihre Meinung gemacht und kritisieren den Lösungsvorschlag.

Während der belizische Präsident Musa sich anlässlich des Unabhängigkeitstags positiv über den Vorschlag äusserte (schliesslich muss sein Land weder Territorium abgeben noch werden die Grenzen verrückt) und ihn seinem Volk in der bevorstehenden Volksabstimmung zur Annahme empfahl, hat sich Präsident Portillo noch nicht definitiv dazu geäussert, ob er den Fall vor ein internationales Gericht ziehen will.

Zu einer Volksabstimmung in den beiden Ländern soll es kommen, sobald sich die jeweiligen Regierungen mit den Vorschlägen der Vermittlungskommission einverstanden erklärt haben. Dazu haben sie 75 Tage Zeit, in denen wohl noch einige Verhandlungen geführt werden. Ein Datum für eine eventuelle Abstimmung festzulegen, wird dann wohl den nächsten Streitpunkt bilden. Sinnvoll wäre, dass sie in beiden Ländern am selben Tag stattfindet und logisch wäre auch, sie gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Dies ist in Guatemala im November 2003 der Fall, während Belize darauf besteht, die Präsidentschaftswahlen bis spätestens Ende August 2003 durchzuführen.